

AJ

sjd - die falcken



die andere jugendzeitung Ausgabe 2-2011

Schwerpunkt

Umwelt/Nachhaltigkeit
Wie wir mit der Umwelt umgehen und warum...

AKW – Millionengewinne jeden Tag ... aber nur für die Betreiber!

Alte Atomkraftwerke, die ihre Finanzierungskosten bereits abgeschrieben haben, machen täglich einen Gewinn von etwa einer Million Euro für das Betreiberunternehmen¹. Da kommt es natürlich nicht unerwartet, dass die Atomkraftwerkbetreiber mit allen Mitteln versuchen, die Politik zu beeinflussen. Die Ministerien müssten sich mit einer Unmenge Fachwissen beschäftigen, das komplette Themengebiet abdecken und gleichzeitig noch ihren täglichen Geschäften der Politik nachgehen. Dass dies natürlich zu viel Zeit in Anspruch nehmen würde, liegt auf der Hand.

→ Fortsetzung auf Seite 2



Bild: Björn Oellers

Sozialistische Jugend Deutschlands – **Die Falken**

Inhalt

Heile grüne Welt?
Glosse zum neuen grünen »Bürgertum« 4

Wüstenstrom
Lösung für den europäischen Verbrauch? 6

Neue Perspektive
Bundeswehr für Umweltschutz? 7

Poster
Siebzehn tickende Bomben 8

Die Clara
Umweltschutz aus fem. Perspektive 10

Culture Club
Von Feuerstätte bis Reaktor 11

Kernkraft
Positionen & Aktionen 12

Fleischlos
Ohne Mampf kein Kampf 14

Was war?
Winter-schule 2010 16

Editorial

Liebe Genossinnen und Genossen,

in dieser AJ geht es schwerpunktmäßig um die Themen Umwelt und Nachhaltigkeit. Wir schauen dabei natürlich auf die Auseinandersetzung um die Atomenergie und die damit verbundenen Gefahren, die uns beim Super-GAU in Fukushima wieder einmal erschreckend deutlich vor Augen geführt wurden. Aber auch Aspekte des Zusammenhangs von Umwelterstörung und Kapitalismus wollen wir in dieser Ausgabe betrachten.

So geht es um Ernährung, Umweltschutz aus feministischer Perspektive, Wüstenstromträume, Bundeswehrsoldat*innen als Umweltkatastrophenhelfer*innen und vieles mehr. Außerdem berichten wir über Aktivitäten innerhalb des Verbandes, stellen ein sowjetisches Kinderbuch zur Frage der Energieerzeugung vor und setzen uns in einer Glosse mit dem Höhenflug der Grünen auseinander.

Wir hoffen, dass wir euch mit dieser AJ die Fahrt ins Zeltlager noch ein wenig abwechslungsreicher gestalten können, und dass ihr uns mit vielen Berichten und inhaltlichen Artikeln für eine der nächsten Ausgaben eine Freude macht. Viel Spaß bei Sommer, Sonne, Sozialismus,

FREUNDSCHAFT! Eure Redaktion

Klimawandel erfordert Systemwandel!

Über die umweltfeindliche Tendenz des Kapitalismus

Neben Ausbeutung und Unterdrückung ist auch die Schädigung der Umwelt eine zwangsläufige Folge und gleichzeitig große Gefahr, die vom Kapitalismus ausgeht. Heutzutage liest man fast jeden Tag über die globale Erderwärmung, die Kernschmelze in Japan oder die Kriege um Erdöl. Doch selbst wenn sich die düsteren Prognosen in Bezug auf die Änderung des Klimas nicht bewahrheiten sollten, ist es doch klar ersichtlich, dass die Umwelterstörung und die Überausbeutung natürlicher Ressourcen unsere Zukunft gefährden. Doch was kann man im Kapitalismus dagegen tun?

Das Kyoto-Protokoll

Weil auch der Kapitalismus nicht funktionieren kann ohne die Natur, wurden verschiedene Anstrengungen unternommen, um zumindest den Klimawandel einzudämmen. Die bekannteste Maßnahme ist sicherlich das Kyoto-Protokoll von 1997, welches im Rahmen der Ver-

einten Nationen eine verbindliche Reduzierung der Treibhausgase bis zum Jahr 2012 gegenüber dem Referenzjahr 1990 vorschreibt. Das Kyoto-Protokoll zeigt eindrucksvoll die Unfähigkeit, innerhalb des Kapitalismus auf den Klimawandel zu reagieren. Denn es ist jetzt schon klar, dass viele große Industrienationen ihre Emissionen weiter steigern oder zumindest von den vereinbarten Zielen weit entfernt sind. Die USA haben das Kyoto-Protokoll noch nicht einmal anerkannt und weigern sich bis heute, verbindliche Reduktionsmaßnahmen zu akzeptieren.

Der Emissionshandel

Der Emissionshandel ist spätestens seit 2005 ein weiteres mutmaßliches Instrument zur Treibhausgasreduzierung. In der Theorie sollen so durch Handel Anreize für umweltfreundliche Technologien geschaffen werden. Die Regierung

→ Fortsetzung auf Seite 3

AKW – Millionengewinne jeden Tag ... aber nur für die Betreiber! (Fortsetzung)

→ Fortsetzung von Seite 1

Deshalb brauchen sie sogenannte »Expertengruppen«, die die Aufgabe haben, die für Energie und Atomkraftwerke zuständigen MinisterInnen zu beraten.

»Experten« – aber für wen?

Diese »Experten« arbeiten für verhältnismäßig wenig Entgelt für die Politik, was sie allerdings nicht für das Allgemeinwohl tun. Denn genauso wie der Großteil der »Wirtschaftsberater«, wenn es z.B. um die Automobilindustrie geht, in den Vorständen großer Automobilfirmen angestellt ist, sind die AtomenergieberaterInnen der deutschen Ministerien in den Vorständen von Atomstromfirmen wie E.on oder Vattenfall zugange. Sie sind damit beauftragt, den Ministerien mit ihrem Fachwissen zur Seite zu stehen und, falls nötig, Entwürfe für Gesetze zur Regulierung der Atomkraft zu schreiben. In welche Richtung aber ein Gesetz zielt, das von der Atomlobby finanziert ist, ist abzusehen. So war ihre Linie noch vor dem Atomreaktorzusammenbruch in Fukushima ganz klar: Ohne Atomenergie sei eine Gewährleistung der Stromversorgung Deutschlands nicht gesichert. Aus diesem Grund mussten die Atomlaufzeiten verlängert werden,

um den »Ausstieg« wieder ein Mal nach hinten zu verschieben.

Atomstrom und der Weg des geringsten Widerstandes

Es erstaunt dann doch, dass es plötzlich wie durch ein Wunder seit dem 11. März 2011 möglich wurde, Deutschland mit zumindest »weniger Atomenergie« versorgen zu können. Die plötzliche Reaktion leitet sich daraus ab, dass Populismus und WählerInnenstimmengewinn in Wahlkampfzeiten doch wichtiger sind als die Gunst der Stromkonzerne und der damit verbundene Weg des geringsten Widerstandes und Aufwandes. Doch die Wahlkampfzeiten gehen vorbei, und es ist absehbar, dass der Atomstrom von neuem aufblühen wird, wenn über die Ereignisse in Fukushima Gras gewachsen ist und wieder ohne Scham von der »günstigen und sicheren« Atomenergie die Rede ist. Die Frage, ob es nun nötig ist, Atomstrom zu gewinnen oder nicht, ist somit eine politische und keine, die auf dem Problem der Endlagerung von Atommüll, Zukunftssicherheit oder dem Wohl der BürgerInnen basiert. Solange die Politik durch diese parteiischen und kapitalistischen »Atomenergieexperten« »beraten« wird, wird die Entscheidung über den Atomausstieg niemals den von den BürgerInnen geforderten baldigen und somit für die Zukunft sicheren Sprung in die Sicherheit schaffen. ★



Bild: www.aenderdas.de

Korbi Kiendl
Bezirk Niederbayern/Oberpfalz

1 Anm. zu S. 1:
www.sueddeutsche.de/wirtschaft/altatomkraftwerke-die-gelddruckmaschinen-1.808263

Impressum

AJ – die andere jugendzeitung: Ausgabe 2-2011

Herausgeberin: Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, Bundesvorstand, Luise & Karl-Kautsky-Haus, Saarstr. 14, 12161 Berlin, (030) 26 10 30-0 | aj-redaktion@wir-falken.de | www.wir-falken.de · V.i.S.d.P.: Sven Frye

Redaktion: Kai Nimiczeck, Björn Oellers, Stephan Köker, Rinske Reiding, Paul Erzkamp, Ben Mirwald, Jasmin-Marei Christen, Nadine Veiser, Maike Groen

Weitere Texte von: Korbi Kiendl, Julian Mühlbauer, Stefan Sander, Jan-Michel Seglitz, Mädchen- und Frauenpolitische Kommission im Bundesvorstand der SJD-Die Falken, SJD – Die Falken Landesverband Brandenburg

Fotos und Grafiken: Björn Oellers (S. 1, S. 13), Ralf Grothusen (S. 15), Karina Kohn (S. 8/9, S. 16), Simon Walter (S. 15), Helga Wolf (S. 4), Katrin Ziel (S. 10), Bundeswehr/Sebastian Wilke (S. 7), Raduga-Verlag/Alexej Krylow (S. 11), SJD – Die Falken/KV Regensburg (S. 3, S. 12), www.aenderdas.de (S. 2), www.flickr.com CC-by-NC-ND (S. 6)

Layout: Helga Wolf · Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in allen Fällen die Meinung der Redaktion wieder. Der Bezug der AJ ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Die AJ wird aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes gefördert. Redaktionsschluss AJ 3-2011, Schwerpunkt Religionskritik: 2. Oktober 2011

In eigener Sache

Kommende Ausgaben

Die AJ lebt davon, dass ihr und eure Gruppen Artikel zu inhaltlichen Projekten oder Aktionen bzw. Gruppenfahrten oder ähnlichem beisteuert. Die kommenden Ausgaben der aj erscheinen voraussichtlich

► Ende November 2011 zum Schwerpunktthema »Religionskritik« (Redaktionsschluss 02.10.2011)

► Mitte März 2012 zum Schwerpunktthema »Identität« (Redaktionsschluss 27.01.2012)

Wir freuen uns über jeden Beitrag. Falls ihr Fragen oder Kommentare habt, wendet euch an aj-redaktion@wir-falken.de

Klimawandel erfordert Systemwandel!

Über die umweltfeindliche Tendenz des Kapitalismus (Fortsetzung)

→ Fortsetzung von Seite 1

legt eine bestimmte Grenze für **Emissionen** fest und wer die überschreitet, muss Strafe zahlen. Wer das einhält oder sogar unterschreitet, wird belohnt. Das Ganze sieht in der Praxis wie immer ganz anders aus: Die Unternehmen müssen selbstständig die Höhe ihres jährlichen CO₂-Ausstoßes melden (keine Kontrolle, keine Offenlegung der Bücher!). So haben es viele Unternehmen geschafft, kräftig von der Regelung zu profitieren, indem sie als umweltfreundlich zertifiziert wurden und die angeblichen Kosten der Modernisierung auf die VerbraucherInnen abgewälzt haben.

Außerdem gibt es in Europa die Möglichkeit, dass die Unternehmen untereinander handeln, das heißt wer etwa »zu wenig« CO₂ produziert, kann dieses »zu wenig« an eine Fabrik verkaufen, die »zu viel« produziert. So entgeht die Fabrik der teuren Strafzahlung und alle machen Gewinn – nur die Umwelt nicht, weil so niemand mehr gezwungen ist, tatsächlich an seiner Produktionsweise etwas zu verändern. Hier zeigt sich einmal mehr, dass das Kapital nicht am Klimaschutz interessiert ist, sondern am Profit.

Die »Macht« der VerbraucherInnen

Viele sehen die Lösung zur Reduzierung der Treibhausgase in der angeblichen »Macht der VerbraucherInnen«. So wird an jedeN EinzelneN appelliert, ihr/sein Verhalten zu ändern und Energie einzusparen. Der bürgerliche Staat wälzt mit dieser Argumentation seit Jahren die Kosten über die Ökosteuer und andere Abgaben auf die ArbeiterInnen ab, anstatt die eigentlichen Verursacher der Emissionen, die Industrie, zu besteuern. Die so genannte Eigenverantwortlichkeit lässt gesellschaftliche Realitäten schlichtweg außer Acht, weil viele

Menschen beispielsweise davon abhängig sind, jeden Tag mit dem Auto zur Arbeit zu fahren. In Zeiten fallender Löhne, prekärer Beschäftigung und von Hartz IV ist es auch für viele notwendig, billig – und somit in der Regel klimaschädlich – einzukaufen.

Dass die Einsparungen hauptsächlich bei den vergleichsweise eher unbedeutenden Verbrauchern geschehen sollen, hat natürlich einen Grund: Aufgrund der permanenten Konkurrenz wollen Unternehmen oft nicht in teure Umwelttechniken investieren. So üben sie politischen Druck auf den Staatsapparat aus, um ihre Profite zu retten, indem er die Kosten dann zumindest teilweise übernimmt. Aus diesem Grund sind die staatlichen Institutionen oft bemüht, Vorgaben wie Grenzwerte, Prüfverfahren und Standards für Entsorgung relativ gering zu halten.

Der Kapitalismus ist also zu einer nachhaltig wirtschaftenden Gesellschaft nicht in der Lage, da die Notwendigkeit von ständigem Wachstum zur Aufrechterhaltung der **Profite** besteht und folglich auch die Notwendigkeit einer enormen Ressourcenverschwendung.

Umweltschutz durch Systemwandel!

Eine sozialistische Gesellschaft, deren Grundlage Bedürfnisse und nicht Profite sind, bietet ungeheure Vorteile in Bezug auf Ressourcen- und Energieeinsparung. Das heißt keineswegs, dass, wenn morgen der Kapitalismus überwunden ist, übermorgen alle Umweltprobleme gelöst sein werden. Auch eine sozialistische Gesellschaft wird darauf angewiesen sein, Ressourcen zu nutzen und Energie zu erzeugen und zu verbrauchen.

Aber eine Welt ohne Konkurrenzdruck und mit freien Menschen bietet zumindest die Möglichkeit, die Klima- und Umweltprobleme nachhaltig zu lösen. Ein anderer Lebensstil, der nicht auf sinnlosen Massenkonsum abhebt, sondern eine bedürfnisorientierte Produktion bietet, fördert wahrscheinlich auch den Anreiz für die Menschen, Produktionsprozesse in nachhaltiger Weise zu verbessern und ihre Kreativität nicht in Profitsteigerung einzugrenzen. ★

Maïke Groen,
Kreisverband Braunschweig

Der ökologische Kapitalismus

Auch Unternehmen leiden unter den hausgemachten Naturkatastrophen im Kapitalismus und fragen sich deshalb zunehmend, ob sich die Kosten des Klimaschutzes nicht auf lange Sicht lohnen. Das Gegenmodell zum klassischen Kapitalismus soll der modern gewordene »Öko-Kapitalismus« sein, den wir hier mal ein bisschen unter die Lupe nehmen wollen. Im Jahre 2000 schufen Hawken/Lovins/Lovins ein Grundlegendwerk: »Öko-Kapitalismus. Die industrielle Revolution des 21. Jahrhunderts. Wohlstand im Einklang mit der Natur« in dem vier Prinzipien beschrieben werden, die eine dauerhafte Nutzung der natürlichen Ressourcen sicher stellen sollen. Diese vier Prinzipien lauten:

1. Radikale Ressourcenproduktivität: Indem man natürliche Ressourcen effektiv nutzt, sollen Ressourcenabbau und damit die Umweltverschmutzung verringert werden. Daraus können sich niedrigere Kosten für Wirtschaft und Gesellschaft ergeben, weil man dann nicht mehr für die Zerstörung der ökologischen und sozialen Systeme aufkommen müsste.

2. Biomimikry: Durch eine Umgestaltung der Produktionsprozesse nach biologischen Kriterien, die unter anderem die beständige Wiederverwendung von Materialien sowie eine Entgiftung ermöglichen, soll der müllintensive Materialverbrauch reduziert werden.

3. Die Service- und Flow- (Dienstleistung- und Fluss-) Wirtschaft: Die Wirtschaft ist hierbei ein permanenter Fluss von ökonomischen Dienstleistungen und kein hierarchisches »Produzent*in – Konsument*in«-Verhältnis mehr. Dieses Umdenken soll auch das Ökosystem, von dem wir abhängig sind, besser schützen können, weil der kontinuierliche Erhalt von Qualität, Nutzen und Leistung im Mittelpunkt steht. So sollen die Bedürfnisse der Kund*innen angeblich wichtiger und die Ressourcen besser genutzt werden.

4. Investitionen in natürliches Kapital (Ressourcen): Weil ökologische Risiken auf Dauer auch ökonomische Risiken sind, versucht man nun der weltweiten Umweltzerstörung durch Neuinvestitionen in die Wiederherstellung, den Erhalt und die Ausdehnung der natürlichen Ressourcen zu begegnen. Das schafft auch neue Arbeitsplätze.

Das Zusammenspiel dieser vier Prinzipien ist sozusagen der Jungbrunnen der Wirtschaft: Sie wird nachhaltig und schafft reale Werte und Arbeitsplätze. Man kann sich nun fragen, wie erfolgsversprechend diese Ideen sind, wenn doch die gesamte kapitalistische Wirtschaft auf Ausbeutung ausgelegt ist. Abgesehen davon beziehen sich alle Vorteile natürlich wieder nur auf Märkte, Finanzen, Rohstoffe und Arbeitsplätze, um eine tatsächliche Veränderung des gesellschaftlichen Zusammenlebens geht es dabei nicht.

Die Hoffnung, dass sich mit ein »bisschen Umweltschutz« wirklich etwas ändert, wenn es doch eigentlich nur darum geht, die Ausbeutung effizienter zu gestalten, muss daher enttäuscht werden. Denn wie schon Karl Marx feststellte: **»Der Kapitalismus ruiniert die Springquellen des Reichtums, auf denen er beruht: den Arbeiter und die Natur.«**

in die Umwelt ausgestoßene Störfaktoren (bspw. pro Jahr pro Fabrik)

Was eigentlich wächst und was jetzt Profit heißt – das ist eine ganze andere Debatte.

Bild: SJD – Die Falken, Kreisverband Regensburg



Heile Welt im grünen Forst

Eine Kurz-Anleitung zum erfolgreichen Selbstbetrug



Was wurde am 27. März 2011, dem Tag der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, bei den Grünen jubelt und von Zeitenwende geredet. Wie immer vorneweg: Claudia Roth, diese neuzeitliche **Sirene** der Betroffenheit, die das »neue grüne Bürgertum« als Sieg der Aufrichtigkeit interpretierte. Wenn wir der Berichterstattung und den Kommentaren in den Medien Glauben schenken, so sind wir in den letzten Monaten sogar Zeug*innen einer kleinen Revolution geworden. Mit den fortgesetzten Erfolgen von Bündnis90/Die Grünen in Umfragen und bei Landtagswahlen steht uns spätestens jetzt, wo es sogar einen grünen Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg gibt, eine neue, eine bessere Zukunft bevor. Die Grünen sind angeblich nicht mehr nur eine Ein-Themen-Partei. Nein, sie sind konservativ, ökologisch, sozial gerecht, pazifistisch, nachhaltig, wirtschaftskompetent... und vor allem: das alles zugleich!

Fabelwesen der griechischen Mythologie, das durch betörenden Gesang Schiffer anlockte, um sie zu töten



Gesichter der Stadt: Gentrifizierung begründet die Wahlergebnisse

Bild: Helga Wolf

unter anderem mit einer Verlängerung der Grundschulzeit auf 6 Jahre und einer Abschaffung von Haupt- und Realschule

Anspruch und grüne Lebenswirklichkeit

Vom ökologischen und sozialen Gewissen bleibt allerdings nicht viel übrig, wenn man sich der grünen Politik und der Lebenswirklichkeit der grünen Wähler*innen mal ganz nüchtern nähert. Dazu begibt man sich natürlich am besten in eines der trendigen Szeneviertel im Zentrum unserer Großstädte, wo die Grünen bei Wahlen regelmäßig über 40% der Stimmen einfahren: Hier, in diesen **gentrifizierten** (siehe Infokasten S. 5) Biotopen lebt er – der Prototyp des Grün wählenden Menschen. Hier, wo alle im Biosupermarkt ihr frisches Biogemüse und -obst aus Übersee kaufen. Lange Transportwege per Flugzeug stören da kaum, wenn man eben im Februar Erdbeeren und im Dezember Paprika essen möchte. Auch die Biomilch wird da mal eben aus Dänemark in den Biosupermarkt nach Köln gekarrt, während in den Regalen der Kieler Niederlassung Biomilch und -joghurt aus Bayern kommen. Nach dem seelisch und moralisch befreienden Einkauf garantiert biologischer Produkte mit garantiert nachhaltigen **CO₂-Abdrücken** für eine wirkungsvolle Beschleunigung der Erderwärmung, all das natürlich schön sorgfältig möglichst einzeln in Plastik verpackt und nach Hause gebracht, fühlt man sich gleich als besserer Mensch und kann anderen mit dem moralischen Zeigefin-

siehe auch S. 16, Artikel zur Winterschule

ger ihr verfehltes Einkaufsverhalten vorwerfen. Nachdem abends dann noch ein Glas Biowein aus Kalifornien getrunken wurde, will diese immer zahlreicher werdende Spezies in Ruhe schlafen. Wo kämen wir denn hin, wenn sich plötzlich des nachts verwerfliche Kreaturen, die vermutlich auch noch beim Discounter einkaufen, auf innerstädtischen Plätzen aufhalten, Bier aus Flaschen trinken und sich dabei auch noch unterhalten?! Also muss die Politik dringend durchgreifen, damit um 22 Uhr keine wilden Partys in der Innenstadt stattfinden. Obwohl man selbst im Urlaub am Mittelmeer immer von genau diesem »mediterranen Flair« begeistert ist, heißt das ja noch lange nicht, dass man sowas auch vor der eigenen Haustür haben will!

Ähnliches lässt sich bei vielen anderen Gelegenheiten beobachten: Zum Beispiel beim Wunsch nach Umstieg auf erneuerbare Energien, der sich einfach durch Wechsel des Stromanbieters erledigen lässt. Dass es für die Erzeugung und den Transport des Ökostroms, der aus der Steckdose kommen soll, auch Hochspannungsleitungen oder Windkraftanlagen braucht, ist wieder zweitrangig. Da ist den Grünen vor Ort dann der Schutz vor einer Verschandelung der Landschaft wichtiger. Das ist ungefähr so wie mit der von der ehemaligen schwarz-grünen Koalition in Hamburg erdachten **Schulreform**, die zwar auf Parteitage große Zustim-

mung fand, am Ende aber von den Wähler*innen doch in wesentlichen Teilen so deutlich abgelehnt wurde, dass offensichtlich auch zahlreiche grüne Wähler*innen den eigenen Worten keine Taten folgen lassen wollten. Die eigenen Kinder sollen dann doch bitte aufs Gymnasium gehen und nicht mit den leistungsschwachen »Asis« und »Hartzern« unterrichtet werden.

Was also nach Ausschlafen des Champagnerrausches über die ganzen Wahlerfolge bleibt, sind Widersprüche und fehlende Konsequenz eines besser gestellten Teils der Gesellschaft. Der Erfolg der Grünen ist »**die Stunde der Heuchler**«.

vgl. Süddeutsche Zeitung (Feuilleton), 30.03.2011

Klientelpartei mit Gewissensentlastungsfaktor

Wir stellen fest: Die Grünen sind kleingeistig, neoliberal, individualisiert, moralisierend, dem Grunde nach eine zweite FDP – eine Klientelpartei für Besserverdienende, mit Gewissensentlastungsfaktor, aber vor allem inkonsequent. Denn ohne den sogenannten wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland, der nicht zuletzt auf den Erfolg der hiesigen Industrie zurückzuführen ist, die nicht unbedingt besonders ökologisch produziert, geschweige denn klimaschonende Produkte exportiert, könnte sich wohl kaum jemand den **homöopathischen** Hausarzt oder den Einkauf von Bio-

alternative Behandlungsmethode, deren Wirksamkeit umstritten ist

→ Fortsetzung auf Seite 5

Heile Welt im grünen Forst

Kurz-Anleitung zum erfolgreichen Selbstbetrug (Fortsetzung)

→ Fortsetzung von Seite 4

Feinkost leisten. Statt sich auf Kosten anderer am eigenen grünen Forst, der eigentlich nur ein bisschen weniger gelb-braun als der benachbarte ist, zu erfreuen und sich öffentlichkeitswirksam als Förster des eigenen vermeintlich abgeschlossenen und ökologisch einwandfreien Mikrokosmos zu betätigen, wäre Konsequenz auch bei sich selbst gefragt. Aber das ist dann doch zu unbequem, man muss ja schließlich auch irgendwie Geld verdienen und leben ...

Selbst wenn wir nun einmal die ganze **Polemik** bei Seite lassen, so kann nicht geleugnet werden, dass die vermeintlich nachhaltige und bessere Lebensführung der neuen grünen Mittelschicht letztlich auf einem gewissen Wohlstandsniveau basiert. Umso perverser ist die Vorstellung, dass beispielsweise der Einkauf im Biosupermarkt von einigen unterschwellig zur sozialen Abgrenzung gegenüber sozial Benachteiligten eingesetzt wird. Ganz so, als ob der Einkauf im Discounter schlechtere Menschen hervorbrächte.

scharfe, direkte Äußerung im Rahmen einer Diskussion, die z.B. dem Aufdecken von Widersprüchlichkeiten dient

Kein richtiges Leben im falschen

Was bei allen Nachhaltigkeitsdebatten dagegen viel zu oft vergessen wird, ist die Tatsache, dass der westeuropäische Lebensstandard mit bunter Produktvielfalt, nahezu grenzenloser Mobilität, Stromverbrauch durch leuchtende Städte und das Internet, überhitzten Wohnungen im Winter und ausgie-

bigem heißen Baden auf Kosten Anderer geht. Diejenigen, die eingesehen haben, dass sich dies alles im selben Maße für alle Menschen so wohl nicht umsetzen lässt, die aber trotzdem nicht darauf verzichten wollen, beruhigen ihr Gewissen durch symbolische Akte und übergeben die großen Strukturfragen ganz einfach per Kreuz in der Wahlkabine an die Grünen.

Das ökologische Leben erfüllt gegenüber der Gesamtgesellschaft dieselbe Funktion wie Null-Diäten, christliches Fasten, medienwirksame Selbstversuche à la »3 Monate ohne...« oder die **Earth Hour**: Ein schönes Bild, das Gewissen ist beruhigt, aber eine nachhaltige Wirkung ergibt sich daraus definitiv nicht! Im schlimmsten Fall hat es sogar gegenteilige Effekte. Gesunde Wälder brauchen eben gute Förster, die nicht nur bis an die Grenzen des eigenen Bezirks schauen und nicht für das eigene Prestige den Nachbarbezirken das Wasser abgraben, sondern die das Ganze im Blick behalten. All das, was die Grünen betreiben, hat nichts mit einer fundamentalen Umkehr oder einer Zeitenwende zu tun, sondern ist eine Illusion! Das ist grundsätzlich in Ordnung, aber deshalb wird man nicht aufrichtig oder ein besserer Mensch. Denn es gibt letztlich dann eben doch kein richtiges Leben im falschen ...

Nachhaltigkeit nicht auf Symbole beschränken

Nun lässt sich einwenden, dass ein rücksichtsloses »Weiter so« ja auch keine Lösung sein kann, und dass

wir Falken in unseren Zeltlagern und Gruppenstunden auch nichts anderes machen, als ein bisschen heile Welt zu spielen, ohne den Kapitalismus zu überwinden. Allerdings ist die Funktion von **Antizipation** und Gegenwelterfahrung bei uns vor allem ein Bildungsprozess – während es bei den Grünen um ein Lebensgefühl geht, das teilweise noch dazu dient, andere moralisch abzuqualifizieren.

→ Vorwegnahme des Zukünftigen

Natürlich ist ökologisch-nachhaltiges Handeln angesichts der fortschreitenden Umweltzerstörung notwendig, aber das bedeutet dann auch, den liebgewonnenen westlichen Lebensstandard konsequent in Frage zu stellen und möglicherweise viele bequeme Gewohnheiten aufgeben zu müssen. Denn eine biologische und nachhaltige Tierhaltung lässt sich zum Beispiel nicht umsetzen, wenn plötzlich alle 80 Millionen Deutsche jeden Tag ihr Stück Biofleisch essen wollen, von der gesamten Weltbevölkerung einmal ganz zu schweigen. Und selbst wenn die Technologie sich weiterentwickelt, kann man damit allein sicherlich nicht den massiven derzeitigen Ressourcenverbrauch auffangen, schon gar nicht mit marktwirtschaftlichen Mechanismen.

→ seit 2007 einmal jährlich stattfindende Aktion, bei der weltweit das Licht in vielen Gegenden für eine Stunde vollständig ausgeschaltet wird

Statt Nachhaltigkeit auf den Biosupermarkt, Ökostrom, die Wahlentscheidung und andere symbolische Akte zu beschränken, wäre es an der Zeit, die Ursachen für den fortschreitenden Raubbau an Natur und Mensch aufzudecken: die kapitalistische Produktionsweise.

Am Ende muss jede*r für sich selbst entscheiden, ob er oder sie Bio-Produkte kauft, ob er oder sie auf sogenannten Ökostrom umsteigt und ob er oder sie nun einzelne Firmen und Produkte boykottiert. Das alles kann ein Weg zur Politisierung sein. Die Gesellschaft grundlegend verändern wird man durch diese Symptombehandlung jedoch genauso wenig wie durch die Wahl einer als sozial geschminkten und durch bürgerlichen Klientelpartei für besser verdienende Akademiker*innen mit ökologischem Gewissen. Es ist ein Irrglaube, zu denken, die Welt ließe sich durch die eigene Marktmacht nachhaltig umgestalten. Wer wirklich eine qualitative Verbesserung erreichen will, muss die kapitalistische Produktionsweise überwinden! ★

Stephan Köker, Kreisverband Köln, ehem. stellv. Bundesvorsitzender

Gentrifizierung

Gentrifizierung bezeichnet besondere Veränderungsprozesse von Stadtteilen. Typischerweise werden bestimmte Gegenden (oft »heruntergekommene«, ärmliche Viertel mit vielen Sozialbauten oder frühere Industriegebiete) unter anderem auf Grund niedriger Mietpreise attraktiv für sogenannte »Pioniere« (Studierende, Künstler*innen, subkulturelle Projekte). Durch die zunehmenden kulturellen Aktivitäten werden die Stadtteile aufgewertet und Immobilien verstärkt von wohlhabenden Eigentümer*innen als Investitions- oder Spekulationsobjekt übernommen und baulich verändert. In diesem Zuge steigen Mieten und Lebenshaltungskosten, so dass die alteingesessenen (meist finanzschwächeren) Bewohner*innen gezwungen sind wegzuziehen, während zeitgleich »statushöhere« Bevölkerungsschichten die freigewordenen Wohnungen übernehmen. Auf diese Weise verändern sich die ursprüngliche Bevölkerungsstruktur und der Charakter des Viertels grundlegend.

Dies geschieht auch in deutschen Großstädten sehr häufig, oft verbunden mit spektakulären Hausräumen wie zuletzt die der »Liebig 14« in Berlin im Februar 2011. Mehr über den Widerstand und die Theorie zu Gentrifizierung erfährt ihr beispielsweise bei dem Hamburger Bündnis: <http://wiki.rechtaufstadt.net>

Wüste Wüstenstromträume

Projekt Desertec – Lösung für Europas Stromverbrauch?

Lange, an überdimensionale Regenrinnen erinnernde Spiegel stehen glänzend mitten in der Sahara. Leise gluckert und zischt das Spezialöl durch die Röhren im Brennpunkt der Spiegelrinnen und nimmt die Sonnenwärme auf. Im Kraftwerksbau wird die Wärmeenergie durch Turbinen in Strom verwandelt, der schließlich auf eine tausende Kilometer lange Reise nach Europa wandert – durch eigens neu gebaute Gleichstrom-Hochspannungsleitungen.

So stellen sich Großkonzerne wie Siemens, die Deutsche Bank, RWE oder die Münchener Rückversicherung 15 Prozent der künftigen Stromversorgung Europas vor. Sie berufen sich auf Studien, die das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt bis 2007 herausbrachte. Die einfache Feststellung lautete: In der Sahara lasse sich so viel Sonnenstrom produzieren, dass man trotz teurer neuer Stromleitungen und schwindelerregender Investitionskosten von mehreren Hundert Milliarden Euro am Schluss einen guten Profit mit diesem Strom machen könne. Der Strom würde in der Erzeugung nur 5 bis 6 Cent pro Kilowattstunde (kWh) kosten, in Europa aber für 20 Cent verkauft werden können.

Desertec: medial größer als real

Zwei Jahre nach den Studien unterstützten die Konzerne die Desertec-Stiftung, die das Großprojekt in der Öffentlichkeit bewirbt. Das war dann auch der Durchbruch für die Öffentlichkeitsarbeit. Seitdem wird Desertec als die Lösung aller Energieprobleme in Nordafrika, dem Nahen Osten und Europa vorgestellt. Der erzeugte Strom solle selbstver-

ständiglich zum Großteil in den Erzeugerländern verbleiben, die Kraftwerke sollen dort Arbeitsplätze schaffen und in Gaza (Israel/Palästina) sowie in Sana'a (Jemen) durch Meerwasserentsalzung Trinkwasser bereitstellen. Desertec spricht gar von einer Frieden (auch sozialen Frieden) schaffenden Wirkung seiner Parabolrinnen.

Entrinnen lassen möchte sich das deutsche Kapital dabei aber keinesfalls seinen Gewinnanteil, denn in den Kraftwerken soll deutsche Technik stecken; die beteiligten Regierungen sollen die Abnahme gewisser Energiemengen garantieren und Bürgschaften übernehmen. Die Bundesregierung steht jedenfalls hinter Desertec.

Sonnige Zeiten fürs Kapital

Nun müssen noch die nordafrikanischen Länder überzeugt werden, etwa Marokko, Algerien oder Ägypten. Politisch instabile Verhältnisse dort könnten den Wüstenstromtraum schnell platzen lassen. Dass es sinnvoll ist, die Sonne anzuzapfen, ist dort sonnenklar. Länder wie Algerien und Libyen haben aber derzeit immer noch mehr davon, ihre Erdgas- und Erdölvorkommen zu exportieren oder zu verfeuern und daraus Strom zu gewinnen.

Die nordafrikanischen Länder lassen Sonnenenergie auch nicht aus Unwissenheit ungenutzt, die Parabolrinnentechnik wäre außerdem ausgereift genug. Dass sie global noch ein Nischendasein fristet, liegt eher an der weltweiten kapitalistischen Wirtschaft: Weil auch andere Länder wie die USA oder Spanien solche Kraftwerke bauen, ist die Nachfrage nach Bauteilen für Solarstromkraftwerke derzeit

weltweit sehr hoch, und damit wird der Bau teurer. Anstatt dass die Menschheit nun also beginnt, planmäßig im großen Stil energieeffiziente Kraftwerke zu bauen, versucht das Kapital auch hier, in der internationalen Konkurrenz die größtmögliche Profitrate zu erzielen. Und das ist hauptsächlich Kapital des Westens, nämlich die großen Maschinenbau- und Elektrizitätskonzerne.

Deswegen werden in Marokko nun auch erst zögerlich zu Desertec gehörende Kraftwerke geplant, während eine spanische Firma dort und in Algerien schon Kraftwerke für die Stromversorgung des eigenen Landes baut, basierend auf bilateralen Abkommen.

Vor der eigenen Haustür

Manchmal wehen hohe Winde in der Atmosphäre nordafrikanischen Wüstensand nach Deutschland. Vielleicht verschafft uns Nordafrika in Energiefragen in den nächsten Jahren außer Sand auch eine Erkenntnis, die wir schon längst haben könnten: Wer Energie und Kohlendioxid sparen will, fängt am besten bei sich selbst an. In Deutschland gibt es noch genügend Dächer ohne Sonnenkollektoren und genug windige Gipfel ohne Turbinen darauf. Und allein wer sich unnütze Werbebeleuchtung in den Nächten unserer Städte ansieht, kann abschätzen, dass Energiesparen immer noch mehr Lippenbekenntnis ist als Praxis. Um also etwas zu ändern, müssten wir Siemens und die Münchner Rück vielleicht wirklich am besten in die Wüste schicken und unsere Energieproduktion vergesellschaften. ★

Ben Mirwald
Bezirk Niederbayern/Oberpfalz



Parabolrinnen zur Sonnenenergienutzung: Westliche Energiekonzerne hoffen, dass ihnen keine Profite entrin-

Bild: CC-BY-NC-ND - flickr.com

Präventiv-Umweltkrieger

Die Bundeswehr als Umweltkatastrophenhelferin?

»Unsere Interessen und unser Platz in der Welt werden wesentlich von unserer Rolle als Exportnation und Hochtechnologieland in der Mitte Europas bestimmt. Daraus folgt: Wir haben ein nationales Interesse am Zugang zu Wasser, zu Lande und in der Luft«, sagte Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière am 18. Mai 2011, als er die neuen »Verteidigungspolitischen Richtlinien« (VPR) seines Ministeriums vorstellte¹. Diese Richtlinien legen alle paar Jahre die Marschrichtung für die Bundeswehr, die Kriegsziele und Schwerpunkte der »Verteidigungs«-Politik fest.

Hier wird wiederholt, was im »Weißbuch 2006« schon geschrieben wurde: Dass deutsche Sicherheit und deutsche Interessen unter anderem bedroht werden durch Migrationsströme, Naturkatastrophen, »Pandemien«, »zerfallende Staaten«, etc. – schlicht durch alles. Und gegen all das soll die Bundeswehr eingesetzt werden, auch Präventivkriege seien legitim. Mit »unseren Interessen« meint de Maizière hier natürlich weder die der Werktätigen in Deutschland oder Europa und schon gar nicht die der gesamten Menschheit, sondern ausschließlich die Interessen der Klientel, die wirklich von Export und Hochtechnologie profitiert. Diese weiß genau, worin die Bedrohungen »aus Klima- und Umweltkatastrophen« oder »aus der Verknappung oder den Engpässen bei der Versorgung mit natürlichen Ressourcen und Rohstoffen, durch Seuchen und Epidemien ebenso wie durch mögliche Gefährdungen kritischer Infrastrukturen wie der Informationstechnik« bestehen. Klar ist, dass es hier nicht um Panzer geht, die Rohstoffe ausbuddeln oder Gewehre, mit denen man Viren erschießen kann.

Das gesamte Spektrum

Es geht auch nicht um Umweltschutz durch die Bundeswehr: »Nur mit Streitkräften kann die Androhung und Durchsetzung militärischer Gewalt im Rahmen des geltenden Völkerrechts erfolgen. Streitkräfte sind Grundlage des Selbstbehauptungswillens und der Verteidigungsbereitschaft der Nation.«² Das bedeutet »insbesondere, Auswirkungen von Krisen und Konflikten auf Distanz zu halten und sich aktiv an deren Vorbeugung und Einhegung zu beteiligen. Deutschland ist bereit, als Ausdruck nationalen Selbstbehauptungswillens und staatlicher Souveränität zur Wahrung seiner Sicherheit das gesamte Spektrum nationaler Handlungsinstrumente einzusetzen.«³ Konflikten vorzubeugen und »das gesamte Spektrum« von Instrumenten einzusetzen, heißt übersetzt: Kriege führen, ohne dass irgend eine Form von Angriff oder gar Bedrohung existiert. Durch Kriegseinsätze soll außerdem die »gestaltende Mitarbeit Deutschlands« sichergestellt werden. Dahinter steht die Idee: Nur wer genug Muskeln zeige, werde von anderen Ländern auch ernst genommen: »Durch die Befähigung zum Einsatz von Streitkräften im gesamten Intensitätsspektrum ist Deutschland in der Lage, [...] seinen Einfluss [...] bei Planungen und Entscheidungen sicherzustellen.«⁴

Im Militär ist aber manches nicht unbedingt gut planbar. Seine Kommandeure können etwa nie wirklich sicher sein, wie viele Menschen in Deutschland sich ihren Kopf für Exportnationalismus behelmen lassen oder ihn dafür hinhalten würden. Also schreiben die VPR auch verstärkte Bundeswehr-Rekrutierungsmaßnahmen fest. Und der Minister spricht vom guten alten Ehrendienste: »Es ist lohnenswert, es ist attraktiv und es ist erfüllend, in dieser Bundeswehr seinen Dienst zu leisten. [...] Es ist ehrenvoll, in deutscher Uniform für eine bessere, gerechtere, freiere und sichere Welt einzutreten.«⁵

Aus Liebe zur Heimat

Und zwar überall in der Welt und nach den VPR bitte auch immer stärker im Inland. Der Minister droht, dass uns von der Bundeswehr »rasch und wirksam geholfen wird – sei es bei Umweltkatastrophen oder nach Großschadensereignissen, sei es zum Schutz lebenswichtiger Infrastruktur vor jedweder Bedrohung bis hin zu weiteren militärischen Risiken.«⁶ Umweltkatastrophen und Großschadensereignisse werden hier als militärische Risiken eingestuft; auch die »Amtshilfe« bei der Männer-Fußball-WM 2010 oder beim Papstbesuch 2006, die unter dieser Begründung stattfand, war demnach militärischen Risiken geschuldet.

Es dient zwei Zielen, wenn die Bundeswehr sich als Umweltkatastrophenhelferin präsentiert: Sie poliert damit erstens ihr Image auf – auch wenn nach den Einsätzen meist bald klar wird, dass das Geld besser in zi-

Bild: Bundeswehr/Sebastian Wilke



De Maizières neue Bundeswehr

viele Katastrophenvorsorge investiert gewesen wäre. Zweitens gewinnt sie immer mehr Einfluss auf die Gesellschaft, der eben nötig ist, wenn mehr SoldatInnen dauerhaft in Kriege und Kampfeinsätze geschickt werden sollen. Trotz angeblicher Verkleinerung der Bundeswehr will de Maizière diese Zahl von 7.000 auf 10.000 SoldatInnen aufstocken, und zwar nur als ersten Schritt.⁷ Diese Militarisierung sorgt todsicher dafür, dass die Welt weniger sicher wird. Und das gilt nicht nur für diejenigen, die in Afghanistan oder sonstwo ins Visier deutscher Aufstandsbekämpfungseinheiten geraten. Es gilt auch für die Lebensgrundlagen der Menschheit: Im Krieg gegen Jugoslawien bombardierte die NATO 1999 massiv chemische und andere Industriebetriebe und sorgte damit für die größte Umweltzerstörung seit dem Vietnam-Krieg.⁸ ★

Ben Mirwald,
Bezirk Niederbayern/Oberpfalz
Julian Mühlbauer, Bundes-SJ-Ring

Anmerkungen

- 1 »Neuausrichtung der Bundeswehr«: Rede von Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière, www.bundesregierung.de, 18.05.2011
- 2 Bundesministerium der Verteidigung: Verteidigungspolitische Richtlinien, Berlin, 18.05.2011 (im folgenden VPR 2011), S. 10
- 3 VPR 2011, S. 5
- 4 VPR 2011, S. 10
- 5 »Neuausrichtung der Bundeswehr«: wie Anm. 1
- 6 VPR 2011, S. 5
- 7 »De Maizière: Starke Marine soll Welthandel schützen«, Süddeutsche Zeitung, 19.05.2011
- 8 Ernst Woit: »Kollateralschäden oder Kriegsverbrechen?«, www.sicherheitspolitik-dss.de/pawoit52.htm, 15.12.2001



Sicherheits- und verteidigungspolitisches Programm der Bundesregierung

Erdteile übergreifende Seuchen



Bild: Graffiti-Workshop der SBZ-Winterschule 2010, Foto: Karina Kohn



Sozialistische Jugend
Deutschlands –
Die Falken

Gedanken zum Umweltschutz ...

... aus feministischer Perspektive

Wenn ihr die Augen schließt und an Menschen denkt, die die Natur schützen – welches Bild habt ihr dann als erstes im Kopf? Den Mann mit Rauschebart und Outdoorlook, der sich vor einen Castor-Transport stellt? Oder den merkwürdigen Mann, der vor sich hinmurmelt und andächtig die Vögel auf einer Insel zählt?

Dabei interessieren sich Frauen nicht nur mehr für Umweltschutz, sondern sie sind auch eher als Männer bereit, dafür in ihrem Privatleben **Unbequemlichkeiten in Kauf zu nehmen**. Frauen sind beispielsweise eher bereit, mal auf das Auto zu verzichten.

Geschlechtstypische Betroffenheit ...

Außerdem wirken sich sowohl Umweltzerstörung als auch schützende Maßnahmen unterschiedlich auf Männer und Frauen aus, was ihren unterschiedlichen Lebensrealitäten geschuldet ist. Offensichtlich wird dies zum Beispiel, wenn man die südliche Erdhalbkugel betrachtet. Hier sind Frauen in der Regel für das Sammeln und Verwenden von Pflanzen zuständig, für die Landwirtschaft und kümmern sich allgemein um die Versorgung der Familie. Damit sind sie auch zuerst von Themen wie Wüstenbildung und Wasserknappheit beispielsweise im Rahmen des Klimawandels betroffen. Diese Betroffenheit ist besonders brisant, weil sie einer sehr verletzlichen und **gesellschaftlich kaum gehörten Gruppe** angehören.

... anders, aber auch in Deutschland

Aber auch in Deutschland sind Männer und Frauen unterschiedlich betroffen. So lange es vor allem Männer sind, die mobil mit dem Auto zur Arbeit fahren und es die Frauen bleiben, die mit dem Kinderwagen versuchen, per Bus einkaufen zu gehen, sind sie von allen städtebaulichen Entscheidungen besonders betroffen – Entscheidungen, die auch in Hinblick auf Umweltschutz getroffen werden,

Auch im Umweltschutz ist das Bild immer noch stark männlich geprägt, ebenso wie in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen. Das Engagement von Frauen darin wird eher belächelt und als Fürsorge für die »Mutter Natur« oder »Tierbabies« abgetan. Dabei ist gerade der Bereich Umwelt- und Naturschutz von Frauen geprägt – und das nicht nur, weil sie von Umweltschäden in der Regel stärker betroffen sind.

Formen des Engagements

In Deutschland gründet 1899 eine bürgerliche Frau, Lina Hähnle, den Bund für Vogelschutz, den Vorläufer des Naturschutzbundes NABU. Das war Teil des Aufbegehrens von bürgerlichen Frauen, den ihnen zugeschriebenen Radius zwischen Kinder, Küche, Kirche zu durchbrechen. Hier haben sie ehrenamtlich, aber auch naturwissenschaftlich arbeiten können.

Und auch heute ist es noch so, dass gerade in reinen Umweltorganisationen (Beispielsweise Greenpeace) sich im Verhältnis zu Parteilugenden beispielsweise besonders viele Frauen organisieren. Aber auch in Umweltschutzorganisationen gibt es das Phänomen, dass mit zunehmender Professionalisierung die Frauen verdrängt werden und die Entscheidungspositionen in Vorständen von Männern besetzt sind.

Quelle: Bundesamt für Statistik, Studie zu Umwelt und Nachhaltigkeit 2008

Die Kampagne »Frauen stärken. Klima wandeln!« will basisorientiert gerade daran etwas ändern. Mehr Infos auf www.ven-nds.de

Auch die UNO hat festgestellt, dass die Beteiligung der Frauen an der Gestaltung, Planung und Umsetzung von Umweltpolitik nach wie vor zu gering ist. Sie fordert daher ein aktives Förderungsprogramm und eine geschlechtsbezogene Perspektive der Umweltpolitik. Mehr Infos: www.unric.org/html/german/frauen/nr11.pdf

Die Clara

»Clara« ist die feministische und frauenpolitische Seite der AJ. Clara Zetkin war eine streitbare Sozialistin und Kommunistin, die als eine der Ersten eine sozialistische Frauenemanzipationstheorie entwickelt hat. Sie war Redakteurin der »Gleichheit«, der Zeitschrift der Arbeiterinnenbewegung, und rief 1911 den 8. März als Frauentag ins Leben. Sie engagierte sich in der SPD, dann in der USPD und schließlich in der KPD, die sie auch im Reichstag vertrat. 1933 starb Clara Zetkin im russischen Exil.



Illustration: Katrin Ziel

allerdings oft aus einer männlichen Perspektive. Dies sieht man an fehlenden Verbindungen außerhalb der Hauptverkehrszeit, mangelnden Gepäckablagemöglichkeiten und **fehlenden Aufzügen**.

Armut und Umweltzerstörung

Armut und Umweltzerstörung sind eng miteinander verbunden. Und auch bei den Armen in der Welt handelt es sich mehrheitlich um Frauen. Die Ursachen von Armut zu bekämpfen, muss daher notwendiger Bestandteil einer jeglichen Strategie von Umweltschutz sein. Dabei müssen aber eben auch beim Kampf für den Naturschutz mehr Aspekte mitgedacht werden, als nur der Erhalt. Mit diesem Artikel wollten wir ein paar davon aufzeigen. ★

Mädchen- und Frauenpolitische Kommission

Treffen sich zwei Planeten. Sagt der eine: »Du siehst aber gar nicht gut aus!« Der andere: »Ja, ich weiß. Ich hab homo sapiens.« »Das kenn ich, das geht vorbei!«

Warum sind in dreißig Jahren alle holländischen Fußballtrainer arbeitslos? Weil die Holländer dann nur noch Wasserball spielen.

Ein Ölscheich in einer Galerie: »Ich bewundere Picasso – niemand hat sein Öl so teuer verkauft wie er.«

Umweltwitze

Ein Ehepaar fliegt mit seinem Kind in den Urlaub. Sie gehen am Strand spazieren. Da kommt Ihnen ein Mann entgegen und grüßt den Kleinen. Fragt ihn der Vater: »Woher kennst Du den denn?« »Der ist vom Umweltschutz.« »Vom Umweltschutz?« »Ja, der fragt Mama immer, ob die Luft rein ist...«

Ergebnis der Umfrage: »Was erwarten Sie vom Klimawandel?« Mehr FKK: 49,9% Kürzere Wege zum Strand: 31% Aufregende neue Krankheiten: 9,1%

Ein Kind, ein umweltbewusster Autofahrer und der Weihnachtsmann stehen an einer Bushaltestelle. Der Bus kommt. Wer steigt ein? Das Kind. Die anderen gibt es nicht.

Why does the climate want privacy? It is changing.

Utopisch statt unersättlich

Von der Feuerstätte bis zum Reaktor

Klimawandel- und Kernenergie-Debatte provozieren (hoffentlich) nicht nur die grauen Zellen jeder und jedes Einzelnen von uns, sondern werfen auch die Frage nach Energieerzeugung auf »sozialistische Art« auf. Was läge näher, als dazu in die Literatur der Sowjetunion zu sehen? Ein sowjetisches Kinderbuch aus den 1980er Jahren sah die sozialistischen Gesellschaften an der Spitze einer Entwicklung »Von der Feuerstätte bis zum Reaktor«.

Die jungen Leser*innen erfahren auf den ersten Seiten – alltagsnah erklärt – was Energie ist, welche Formen sie annehmen kann und wie Menschen in historischen Zeiten vor allem Wärmeenergie genutzt haben und noch immer nut-

zen. Dann stellt der Autor Alexej Krylow fest, »daß der Brennstoff noch für hundert bis hundertfünfzig Jahre reichen wird«, was »bedeutet, daß die Menschen die alten Energiequellen besser ausnutzen und neue suchen müssen«.

Es überrascht nicht, dass der »Reaktor« aus dem Buchtitel ein Kernreaktor ist, der für Stromerzeugung in der Zukunft der Sowjetunion genutzt werden sollte. Der Traum war zu verlockend, mit wenig Uran ganze Städte mit Strom versorgen zu können. Dabei geht Krylow sogar auf die Gefahren der Radioaktivität ein, die in Kernkraftwerken jedoch sicher eingedämmt seien. Und weil elektrischer Strom für die Wasserentsalzung wichtig sei und es sehr unvernünftig wäre, fossile Stoffe zu verbrennen, wolle die Sowjetunion »bis zum Jahr 2000 mehr als die Hälfte der Elektroenergie in Atomkraftwerken« produzieren.

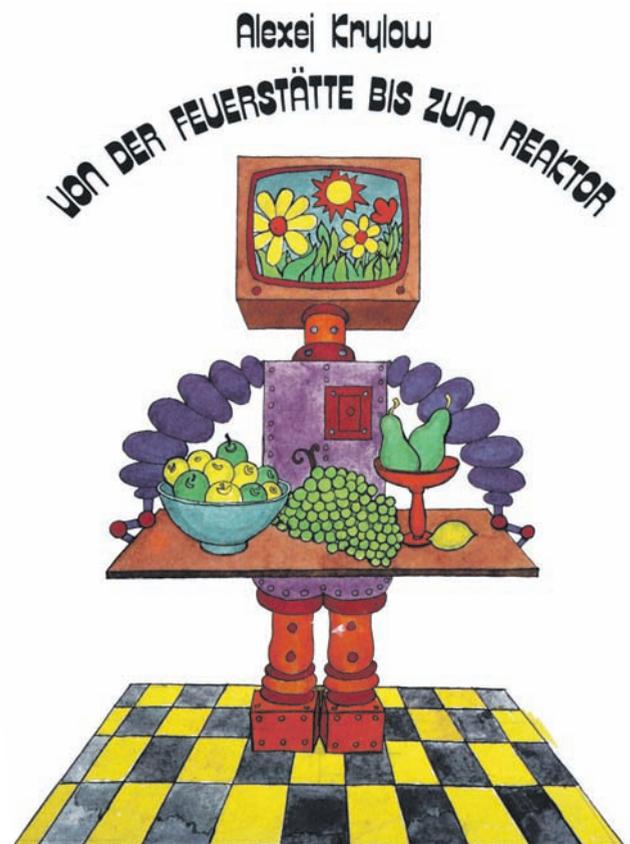
Der Sonne nah

Die zweite Hälfte des Buches widmet sich dann utopischeren Kraftwerken. Die heutigen hochfliegenden Pläne der Energieversorger sind Krylows Vorstellung auffallend ähnlich: Zuerst solle man versuchen, Kernfusion als Energiequelle zu beherrschen. Dabei wird versucht, Wasserstoffatome zu verschmelzen, wie es auch in der Sonne passiert. Doch dazu muss der Wasserstoff in Plasma verwandelt und wahnsinnig hoch erhitzt werden. Die heute in Versuchsanlagen dafür installierten Magnetfeldgeneratoren gehen tatsächlich zu einem großen Teil auf sowjetische Forschung zurück.

Krylow schlägt dann noch vor, Wasserstoff in Brennstoffzellen direkt in Wasser umzuwandeln. Auf Wasserkraftwerken, auch Gezeitenkraftwerken, ruhte eine weitere Hoffnung, auch auf Nutzung der Sonnenenergie. Krylow sah ganz in Science-Fiction-Manier künstliche Satelliten die Sonnenstrahlen einfangen und durch Mikrowellenstrahlen zur Erde übertragen, aber er sah auch Sonnenfelder in den Wüsten der Erde. Und schließlich sei in der UdSSR schon das erste geothermische Kraftwerk gebaut worden.

Sowjetischer Stolz

Dieser Stolz auf sowjetische und russische Leistungen schwillt

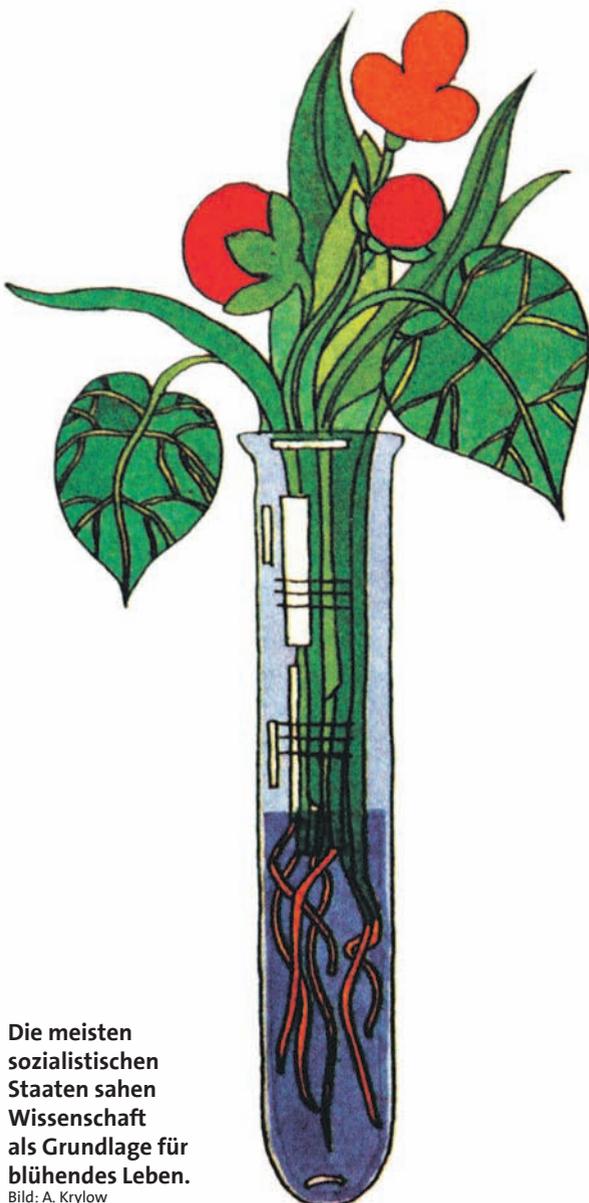


selbstverständlich durchs ganze Buch, allerdings eben nicht als nationalistisch gefärbter »Vorsprung« vor dem Rest der Menschheit. Auch die Illustrationen machen deutlich, dass sozialistische Energieerzeugung keineswegs der Unterjochung, ob nun der Arbeiterklasse, anderer Völker oder der Erde, dienen sollte: Aus dem Reagenzglas wachsen Blumen, das Kernkraftwerk ist von einem Orangenhai eingerahmt, der Taucher untersucht mit einer an einen Zitteraal angeschlossenen Lampe einen seltenen großen Fisch.

Trotz der Unterlassungssünde, die Risiken von Energieerzeugung und -nutzung (nicht nur beim Kernenergiekapitel) ausgeklammert zu haben, zeigt Krylows Kinderbuch damit doch eine an der Gesellschaft orientierte Sicht auf die Energietechnik. Besonders empfohlen werden kann es als Denkanstoß oder als Diskussionsgrundlage für Gruppenhelfer*innen und alle, die das Thema »Energie« mal aus weniger bürgerlicher oder grün-alternativer Sicht betrachten wollen. Es gibt das Buch noch antiquarisch zu kaufen. ★

Ben Mirwald
Bezirk Niederbayern/Oberpfalz

Alexej Krylow: Von der Feuerstätte bis zum Reaktor, Raduga-Verlag, 1989, 78 Seiten, nur noch antiquarisch erhältlich



Die meisten sozialistischen Staaten sahen Wissenschaft als Grundlage für blühendes Leben.
Bild: A. Krylow

Falken und Kernkraft ...

Das Thema Atomkraft beschäftigt auch viele Mitglieder und Gliederungen der Falken. Auf dem **Bundesausschuss** im März 2011 in Berlin wurde eine Resolution zum Thema »Atomkraftwerke abschalten« beschlossen. Auch zahlreiche Gruppen haben verschiedene Aktionen gemacht und Flugblätter produziert, hier einige Beispiele:

zweithöchstes
beschlussfas-
sendes Organ
der Falken auf
Bundesebene

Der Kern der Kernkraft ...

... liegt für die Jugendlichen der Regensburger Falken in der Profitgier des Kapitals, das trotz aller Sicherheitsrisiken nicht auf die Gewinne aus nuklearer Stromerzeugung verzichten kann. Bildlich stellte der Kreisverband dies bei der 1.-Mai-De-mo des Deutschen Gewerkschaftsbundes dar. Einem dicken Geldsack folgte Kernenergie-Beschäftigte, die Fässer mit radioaktiven Euros transportierten. Deswegen forderten die Jugendlichen: »Keine Laufzeitverlängerung für den Kapitalismus!«. Das Flugblatt und weitere Informationen findet Ihr auf: www.falken-regensburg.de



BA-Beschluss: Tschernobyl 2.0 AKWs abschalten – jetzt erst recht!

Die aktuellen Ereignisse in Japan zeigen uns erneut, welche Zerstörungskraft in der »friedlichen« Nutzung der Kernenergie steckt. Die der Weltbevölkerung vorgegaukelte Sicherheit dieser Energie ist somit erwartungsgemäß nicht gegeben – war es nie und wird es auch nicht sein.

Daher fordern wir die sofortige Abschaltung und den unverzüglichen Ausstieg aus der Atomenergie. Als Kinder- und Jugendverband ist es unsere Aufgabe für eine zukunftsorientierte und nachhaltige Welt einzutreten. Wir können nicht zulassen, dass gestern und heute ohne Rücksicht auf Mensch und Umwelt, aus rein kapitalistischen Beweggründen die Erde ausgebeutet wird.

Dies bestärkt uns in unserem Handeln gegen profitorientierte Ausbeutung von Mensch, Tier und Natur. Wir unterstützen die kommenden Mahnwachen und Aktionen. Jetzt ist die Zeit, entschieden zu handeln.

... Aktionen und Positionen zur Nutzung der Atomenergie

Restrisiko Normalbetrieb

Es gibt viele Gründe gegen Kernenergie, z. B. Umweltschutz, Sicherheitspolitik und Bürgerrechte. In diesem Flyer geht es um eine Kritik an den Bedingungen für eine Atomindustrie, also um Machtverhältnisse, ungleiche Geldverteilung und schlechte Arbeitsbedingungen.

Atomstrom wird uns billiger verkauft als er ist. Dies wird möglich, indem Geld über Umwege – in Form von Steuern und Subventionen – in die Atomindustrie fließt. Die Lagerung von radioaktivem Müll wird noch in Tausenden von Jahren anderweitig durch die Bevölkerung bezahlt – und nicht durch den Strompreis. Ein Ausbau regenerativer Energiegewinnung wird dagegen vernachlässigt. In diesem Flyer geht es um eine grundsätzliche politische Position. [...]

Um Atomenergie zu produzieren, bedarf es einer Gesellschaftsform, in der miese Arbeits- und Lebensbedingungen zugemutet werden können. Der Abbau von radioaktivem Uran, zentraler Bestandteil für die Brennelemente in Atomkraftwerken, endet für viele Menschen tödlich. Nachdem im ostdeutschen Wismut-Uranabbau-Gebiet Tausende Arbeiter_innen an Krebs starben, wird nun u. a. in ehemaligen europäischen Kolonien Uran für deutsche Atomkraftwerke abgebaut.

Das Uran wird im westfälischen Gronau weiter verarbeitet. Dabei fällt als »Nebenprodukt« tonnenweise abgereichertes Uran an, welches – für Kriege zu panzerbrechenden Waffen verarbeitet – zahlreichen Menschen im Balkan und im Irak den Tod brachte. Es gibt keine »friedliche Nutzung« von Atomenergie!

Atomenergienutzung geht mit Unterdrückung und Ausbeutung von Uranabbauenden einher, mit der Verstrahlung von denen, die es sich nicht leisten können wegzuziehen, weg von Atomanlagen und weg von Kriegsgebieten, wo Kinder mit radioaktiven Urangeschossgehäusen spielen.

All das ist Normalbetrieb. Da ist vom »Restrisiko« noch gar keine Rede, von Millionen Toten bei einer unkontrollierten Kernschmelze, wie sie am 25.04.1986 in Tschernobyl geschah und wozu allein der Ausfall der Kühlsysteme führen kann. Das ist in einer Demokratie ein Problem, weshalb Lügen und Ver-

schleierungen an der Tagesordnung sind. Dabei geht die Regierung mit der Atomindustrie, namentlich den vier großen Energiekonzernen in Deutschland, RWE, E.on, EnBW und Vattenfall, Hand in Hand. So übernimmt die jetzige Regierung – laut bekannt gewordenem Geheimvertrag – die Kosten für Sicherheitsnachrüstungen.

Bisweilen wird die Atomenergie wie in einer Werbekampagne rechtefertigt, die ein besonders preisgünstiges, sicheres und sauberes Energieprodukt anpreist – auch durch Begriffe, wie sie in diesem Text in Führungszeichen gesetzt sind. Eine »Wiederaufbereitungsanlage« wie z. B. La Hague in Frankreich ist in Wahrheit eine Plutoniumfabrik. Hier werden alte Brennstäbe deutscher Atomkraftwerke zu Plutoniumprodukten verarbeitet, woraus auch Atombomben gebaut werden können. Die Lieferungen galten in Deutschland als »Entsorgungsvorsorgenachweis«, eine Bedingung für den Betrieb eines Atomkraftwerks. Wer als Politiker_in in der Regierung besonders gute Lobbypolitik betrieben hat, wird mit einem lukrativen Posten in der Atomindustrie belohnt (u. a. Wolfgang Clement, ex- Wirtschaftsminister).

Dadurch sind diese Menschen, wie auch die Arbeiter_innen in den Atomanlagen, nicht wirklich böser als andere. Das Problem sind nicht

einzelne Menschen – das Problem hat System. [...]

Wir machen uns keine Illusionen über einen Atomausstieg der nächsten Regierung. Der Bau von Atomanlagen konnte schon mehrfach durch entschlossenen Widerstand und durch massenhaften zivilen Ungehorsam verhindert werden. Dafür gab es keinen »Konsens« mit der Atomindustrie, da galt ein entschlossenes Widersetzen. Die kapitalistische Logik ermöglicht nicht gleiche Rechte für alle, sie steigert Profit für wenige Leute zum Nachteil vieler! Im Falle der Atomenergie ist es besonders widerlich, weil schon durch den »Normalbetrieb« Menschen sterben und durch Atomkriege und Super-GAU ganze Zivilisationen vernichtet werden können. Dass dies auch in den angeblich sicheren AKWs der Industriestaaten geschehen kann, bewies im März der Nuklearunfall in Fukushima/Japan.

Wir wollen, dass niemand diesen Gefahren ausgesetzt ist! Wir wollen nicht, dass Lebensgrundlagen von Abertausenden Menschen vernichtet werden. Wir wollen gleichen Zugang aller zum Wohlstand! Für eine sofortige Stilllegung aller Atomanlagen – weltweit! Kapitalismus? Nein danke! ★

Flugblatt des LV Brandenburg,
www.falken-brandenburg.de



Gegen Atomkonzerne hilft nur entschlossener Widerstand

Bild: Björn Oellers

ohne
mampf
kein
Kampf

Donnerstag – Veggietag! Darf es auch mal fleischlos sein?

Beim vegetarischen Donnerstag ernähren sich die TeilnehmerInnen jeden Donnerstag vegetarisch. Der Ursprung des Aktionstages liegt im englischen Sprachraum, wo meist der »**Meatless Monday**«

beworben wird. Der Meatless Monday war ein Kampagnentag von Gesundheitsorganisationen für eine gesundheitsbewusstere Ernährung. Aber schon kurz nach dem Start der Kampagne schlossen sich TierschützerInnen und VegetarierInnen, Klima- und UmweltschützerInnen der Idee an. In den teilnehmenden Kantinen, Restaurants, Firmen wird am Kampagnentag überwiegend oder ausschließlich vegetarisches Essen serviert. Auch außerhalb des Veggietages erfährt die vegetarisch/**vegane** Bewegung einen erheblichen Auftrieb.

fleischfreier Montag

rein pflanzliche

Welternährungsorganisation der UNO

Wieso es immer mehr Vegetarier gibt

Viele Menschen wollen durch eine vegetarische Ernährung ihr Risiko, z. B. an Übergewicht, Bluthochdruck oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen zu erkranken, verringern, denn der persönliche Risikofaktor wird durch den Konsum von Fleisch stark negativ beeinflusst. Die Mehr-

heit der VegetarierInnen/VeganeInnen wird jedoch von dem Streben nach einer gerechteren Welt getrieben. Klassisch ist hier natürlich unser Verhalten gegenüber sogenannten »Nutztieren« zu nennen. Wer gibt uns das Recht, Tiere einzusperren, auszubeuten und töten zu dürfen? Und wer sagt weiter, dass dies für immer Bestand haben muss?

Viele VegetarierInnen haben auch ein Problem mit der Abholzung der Regenwälder für die Erzeugung von Saatgut und Weideflächen für Schnitzel in Deutschland. Und im Jahr 2006 kam eine Untersuchung der **FAO** zu dem erschreckenden Ergebnis, dass die Tierwirtschaft für 18% der Treibhausgase verantwortlich ist. 2009 fand das renommierte WorldWatch-Institut heraus, dass die **FAO** entscheidende Faktoren außer Acht gelassen hat: Den wissenschaftlichen Berechnungen dieser Studie zufolge gehen sogar 51% der klimaschädlichen Gase auf das Konto der Tierwirtschaft.

Wahr ist auch: Die Produktion von Fleisch ist wahnsinnig ineffizient und vernichtet Lebensmittel, die woanders fehlen: Fleisch isst Menschen. Es werden bis zu 17 kg Getreide und zwischen 3.900 und 15.500 Liter Wasser für ein einziges Kilogramm Fleisch benötigt. Zum Vergleich: Für ein Kilo Gerste oder Weizen werden 1.300 Liter Wasser gebraucht, für ein Kilo Kartoffeln 900 Liter. Die EU-Länder importieren jährlich 78% ihrer proteinhaltigen Futtermittel, sprich Sojaschrot. Dieses Soja könnte aber auch direkt von den Menschen verzehrt werden, es würden mehr Menschen ernährt werden.

Der Veggietag ist erfolgreich

Ob in den USA oder in Deutschland, ob Meatless Monday oder Donnerstag Veggietag: Der vegetarische Wochentag ist erfolgreich und wurde bereits in vielen Städten umgesetzt. Das Erfolgsrezept: Ein vegetarischer Tag in der Woche überfordert niemanden, ist lecker, macht Spaß und ist ein wichtiger Schritt in eine bessere Welt. Das schöne daran: Jeder kann loslegen und mitmachen.

Vegetarisch ist für Falken wichtig

Mit einer pflanzlicheren Nahrung könnten die Falken ein Zeichen gegen die Auswirkungen des Fleisch-

Linzen-Bolognese

Zutaten für 4 Personen:

- › 500 g Fusilli oder andere kurze Nudeln
- › 250 g rote Linsen
- › 2 Zwiebeln
- › 2 Knoblauchzehen
- › 2 Stangen Stangensellerie
- › 1 große Möhre
- › 0,4 l Gemüsebrühe
- › 1 Esslöffel Tomatenmark
- › Olivenöl, Salz, Pfeffer

Zubereitung:

Zwiebeln, Knoblauchzehen, Stangensellerie und Möhre schälen und putzen, im Mixer kurz relativ fein hacken (geht natürlich auch von Hand).

Alles in etwas Olivenöl andünsten, salzen und pfeffern. Anschließend die Linsen (rote Linsen sind in der Regel schon geschält, müssen also vorher nicht eingeweicht werden) einrühren und mit der Gemüsebrühe und zusätzlich 0,2 Liter Wasser aufgießen. Kurz aufkochen lassen, dann das Tomatenmark zugeben und alles zusammen rund 20 Minuten köcheln lassen. Die Linsen sollten dann weich sein, aber noch etwas Biss haben. Nochmals abschmecken.

In der Zwischenzeit die Nudeln al dente kochen, abgießen und mit der Linzenbolognese mischen. Alles zusammen noch einmal richtig heiß werden lassen und servieren.

konsums setzen. Insbesondere der Welthunger, die Umweltvernichtung und das Tierleid haben Auswirkungen erreicht, die unserem sozialistischen Denken zutiefst widersprechen müssten.

Für den Verband wünsche ich mir, dass es bei Aktionen und Seminaren eine möglichst große Auswahl an vegetarischen Lebensmitteln gibt. Falls Lebensmittel weiterverkauft werden, soll das günstigste Essen immer vegetarisch sein, denn Interessierte sollen sich nicht aufgrund des geringeren Preises für Fleisch entscheiden.

Lasst uns unsere Essgewohnheiten überdenken. Würden wir sie auch nur an einem Tag in der Woche ändern, wir hätten schon sehr viel erreicht. ★

Stefan Sander,
Unterbezirk Nürnberg und Sprecher
der Bürgerinitiative Donnerstag
Veggietag Nürnberg e.V.

Großer gemischter Salat mit Honig-Senf-Dressing

Zutaten für 8 Personen:

- › verschiedene Salatorten (z.B. 1 Eichblattsalat, 1 Lollo Rosso, 1 kleiner Radicchio, 10 Blätter Rucicola, je nach Geschmack ggf. auch Tomaten oder 1 Gurke)
- › 2 Frühlingszwiebeln
- › etwas Schnittlauch
- › 8 Esslöffel Olivenöl
- › 3 Esslöffel Balsamico-Essig
- › ¼ Teelöffel scharfer Senf
- › ¼ Teelöffel Honig-Senf
- › Salz, Pfeffer

Zubereitung:

Salatorten entblättern, waschen, putzen, in mundgerechte Stücke schneiden und in der Salatschleuder trocken schleudern. Gurke schälen, Tomaten waschen und beides in kleine Stücke schneiden. Frühlingszwiebeln putzen und das Weiße in sehr dünne Streifen schneiden. Schnittlauch in feine Röllchen schneiden und alles in einer großen Salatschüssel gründlich vermischen. Etwa Salz und Pfeffer zusammen mit dem Senf, dem Honig und dem Balsamico-Essig grob verrühren und ca. 5 Minuten durchziehen lassen. Mit Olivenöl auffüllen und gründlich verrühren, so dass eine Vinaigrette entsteht. Mit Salz und Pfeffer abschmecken, nochmals 5 Minuten durchziehen lassen und nochmals gründlich durchrühren. Anschließend sorgfältig mit dem Salat vermischen.



Im Zeltlager darf gerne vegetarisch gekocht werden

Bild: Ralf Grothusen

Syllabub

Zutaten für 4 Personen:

- > 1 große, unbehandelte Zitrone
- > ca. 0,1 Liter trockener Weißwein
- > 2 Esslöffel Cognac
- > 80 g Zucker
- > 0,3 Liter süße Sahne
- > geriebene Muskatnuss

Zubereitung:

Zitronenschale abreiben und Zitrone auspressen. Den Zitronensaft, den Cognac und den Zucker mischen und dann so viel Weißwein dazu gießen, dass sich insgesamt eine Menge von 0,2 Litern Flüssigkeit ergibt. Diese solange verrühren, bis sich der Zucker aufgelöst hat, und anschließend über Nacht in den Kühlschrank stellen. Vor dem Servieren die flüssige Sahne und die Hälfte des Zitronen-Wein-Gemisches in eine große Schüssel schütten. Dabei müssen beide Flüssigkeiten relativ kalt sein, sonst könnte die Sahne gerinnen. Das Gemisch mit einem elektrischen Rührgerät aufschlagen. Wenn es anfängt, cremig zu werden, portionsweise den Rest der Zitronen-Wein-Mischung zu gießen. Dabei mit dem Rührgerät weiter rühren, bis eine schöne schaumige Masse entsteht. Diese mit einer Prise geriebener Muskatnuss servieren.

FLEISCHKONSUM

VON SIMON WALTER



Tick Tick Boom!

Die Winterschule 2010 im Salvador-Allende-Haus

Wir könnten jetzt sagen, wir haben es ja gesagt, aber: Wir haben es ja gesagt. Während jetzt, bei der Tragödie in Japan, Regierungen und Medien überrascht tun ob der Gefahren eines Atomkraftwerkes und plötzlich Bündnis 90/Die Grünen auch wieder vorgeben, grüne Politik zu machen, haben wir Falken schon auf der Winterschule 2010 im **Salvador-Allende-Haus** die Abschaltung der 17 tickenden Atombomben geprüft und gefordert.

Bundesbildungsstätte der Falken in Oer-Erkenschwick, NRW

Erdfläche, die notwendig ist, um den Lebensstil und Lebensstandard eines Menschen (unter heutigen Produktionsbedingungen) dauerhaft zu ermöglichen. Enthält Flächen zur Nahrungs- und Kleidungsproduktion, zur Bindung des freigesetzten CO₂, zum Abbau des erzeugten Mülls etc.

Ein Ergebnis des Graffiti-Workshops findet Ihr als Poster in der Mitte dieser AJ. Wenn Ihr Euch auch für die Kurzgeschichten, die ihm Rahmen eines »Poetry Slam«-Workshop entstanden sind, interessiert, findet Ihr diese mit den Stichworten »Winterschule« und »Poetry Slam« bei Youtube

sam. Die Bilder aus dem Graffiti-workshop warnten uns vor den oben genannten tickenden Bomben oder dem verschwenderischen Umgang mit kostbarem Wasser. Auch aus vielen weiteren Workshops kamen deutliche Warnungen, in Form von Linoldrucken, Kurzgeschichten, einer ganzen Zeitung, einem Rap-song und einem herausragenden politischen Puppentheater, inklusive Improvisationselementen.

Ein Demokratieexperiment

Neben der ganzen »Arbeit« in den verschiedenen Workshops, belohnten wir uns dann mit tollen Abenden mit einer bunten Auswahl von allen möglichen Gliederungen aus NRW, zu denen sich auch die Naturfreunde-Jugend gesellte. In der für diese Winterschule entwickelten »Demokratie« wurden fern von standardisierten Falkensystemen einfach mal die Vor- und Nachteile der Parteiendemokratie durchlebt. Um auf der Winterschule mitbestimmen zu können, musste dieses Jahr jedeR, unabhängig von Aufgabe, Gliederung oder Status, in einer eigenen Partei organisiert sein, um stimmberechtigt zu sein. Was erst wie eine Gemeinheit des HelferInnenteams aussah, stellte sich dann bald als spannendes Experiment heraus.

Anmelden und mitmachen!

Bisher haben wir die meisten Bereiche der Winterschule nur sehr oberflächlich präsentiert, was daran liegt, dass es innerhalb eines AJ-Arti-



Parteiendemokratie als spannendes Experiment Bild: K. Kohn

kels vollkommen unmöglich ist, die Winterschule von den spaßigen Anekdoten bis zu manch hitziger Diskussion einzufangen. Das beste Bild kann man sich halt nur dann machen, wenn man selbst zur Winterschule kommt, egal ob aus NRW oder wo auch immer ihr herkommt.

Für dieses Jahr hat das Vorbereitungsteam zwar noch kein Thema gefunden, aber zuletzt haben wir eigentlich immer einen Nerv getroffen. Wenn Du zur Winterschule kommen möchtest und auch einen Themenvorschlag für uns hast, dann kannst Du uns direkt über info@winterschule.org erreichen oder Dich bei Sabrina Broszeit im Salvador-Allende-Haus (sabrina.broszeit@allende-haus.de oder telefonisch unter 0 23 68-690 68 51) melden. ★

Jan-Michel Seglitz, Winterschul-Team, www.winterschule.org

Organisiert Euch, denn wir brauchen Eure Kraft

Falken-Bundeskonferenz in Hamburg

Vom 2. bis 5. Juni fand die 34. Bundeskonferenz der SJD – Die Falken unter dem Motto »Organisiert Euch, denn wir brauchen eure ganze Kraft« (A. Gramsci, 1919) in Hamburg statt. Im Beisein zahlreicher Gäste aus dem In- und Ausland haben die 140 Delegierten einen neuen 16köpfigen Bundesvorstand gewählt und ein Arbeitsprogramm für die kommenden zwei Jahre beschlossen. Schwerpunkt bildet dabei der Kampf gegen die Ausgrenzung von Menschen.

Mit der Aktion »SpielKINDER suchen SpielRÄUME. Nur Spielgeld vorhanden!« wurden öffentliche Räume, die nicht nur in Hamburg durch Prestigebauten, Luxuswohnungen und Einkaufszentren zunehmend kommerzialisiert werden und Freiflächen verdrängen, durch spielerische Aktionen im Rahmen einer Rallye symbolisch zurückerobert, um so unserer Forderung nach mehr Raum und Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche beim Thema Stadtgestaltung Nachdruck

zu verleihen. Im Rahmen der Abschlusskundgebung wurde zudem ein Weltrekord im Pony-Tanzen aufgestellt.

Nach intensiven Debatten wurde das über zwei Jahre erarbeitete Selbstverständnispapier mit großer Mehrheit ebenso beschlossen wie die Einführung einer geschlechterquotierte Doppelspitze für den Bundesvorstand ab 2013. Bis dahin bleibt Sven Frye, der mit 69 Prozent wiedergewählt wurde, Bundesvorsitzender der SJD – Die Falken.

Mehr zu den Beschlüssen der Bundeskonferenz und zum beschlossenen Selbstverständnis findet ihr demnächst im Extranet unter www.wir-falken.de.

Terminankündigung:

28. – 30.10.2011

Seminar zu Herrschaftskritik

18. – 20.11.2011

Queer-feministisches Seminar

in der JBS Kurt Löwenstein

(Werftpfuhl bei Berlin)

Mehr demnächst auf:

www.wir-falken.de